

Hartz IV

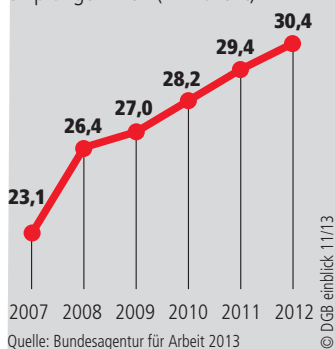
Verdeckte Armut wird ausgeblendet

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hat die Bundesregierung aufgefordert, verdeckte Armut nicht länger zu ignorieren. Gemeint sind Menschen mit geringen Löhnen, die aus Unkenntnis oder Scham trotz Anspruch keinen Antrag auf Hartz IV stellen. Laut Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nehmen 46 Prozent aller anspruchsberechtigten Haushalte Hartz IV nicht wahr. „Diese Menschen werden von der Bundesregierung komplett ausgeblendet“, kritisiert Buntenbach.

Auch eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen geht von einer hohen Dunkelziffer verdeckter Armut aus. Die IAQ-ForscherInnen haben die Wechselwirkungen zwischen niedrigen Löhnen und hohen Mieten untersucht. Um mit einem Vollzeitjob (37,7 Stunden / Woche) angesichts der aktuellen Mietpreise mindestens das Grundsicherungsniveau zu erreichen, benötigen alleinstehende Beschäftigte hierzu im Schnitt einen Stundenlohn von 7,98 Euro brutto. In einer Stadt

Arm trotz Arbeit

Erwerbstätige ALG II-BezieherInnen an allen erwerbsfähigen LeistungsempfängerInnen (in Prozent)



Seit 2007 ist der Anteil der erwerbstätigen Hartz-IV-BezieherInnen an allen erwerbsfähigen LeistungsempfängerInnen gestiegen. Ein deutliches Zeichen, dass viele Menschen trotz Arbeit nicht mehr genug zum Leben haben und ihren Arbeitslohn aufstocken müssen.

mit sehr hohen Mieten wie München müssten Singles mindestens 9,66 Euro in der Stunde verdienen.

Im Rest der Republik muss ein Paarhaushalt mit einem Kind, in denen nur eine/r verdient, der Stundenlohn im Schnitt schon mindestens 10,65 Euro brutto betragen, um das Grundsicherungsniveau zu erreichen. In München liegt die

Schwelle für Paare mit Kind (AlleinverdienerIn) bei einem Stundenlohn von 16,43 Euro brutto. Dabei haben die ForscherInnen Kindergeld, Wohngeld und Kindergeldzuschlag bereits mit einbezogen.

Die Stundenlöhne vieler GeringverdienerInnen unterschreiten die erforderlichen Sätze zum Teil erheblich, so das IAQ. Der hohe Anteil so genannter Aufstocker auch bei Vollzeitbeschäftigten sei eine unmittelbare Folge niedriger Stundenlöhne und hoher Mieten, folgert das Institut. Dabei geht Prof. Dr. Gerhard Bäcker vom IAQ von einer hohen Dunkelziffer aus. Eine systematische Information über mögliche Aufstockungsansprüche gebe es nicht. „Auch die Jobcenter informieren nicht gezielt“, so das IAQ.

Annelie Buntenbach kritisiert: „Das Problem Armut ist viel größer, als die Bundesregierung behauptet.“ Es sei ein Skandal, dass die Armut wächst, obwohl die Arbeitslosigkeit gesunken ist. Während die Gesamtzahl der Hartz-IV-EmpfängerInnen leicht sinkt, bleibt die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker stabil bei 1,3 Millionen. Der DGB geht davon aus, dass fast die Hälfte von ihnen (ca. 600 000) sozialversichert beschäftigt sind. Bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze muss die verdeckte Armut mit berücksichtigt werden, fordert der DGB. So sollen diese Menschen aus der maßgeblichen Gruppe der Einkommenschwächsten herausgenommen werden. „Außerdem muss für die, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, das Antragsverfahren transparenter und bürgerfreundlicher werden“, so Buntenbach. •

plusminusBERLIN

+ CDU-MdB Wolfgang Bönnsen will die Künstlersozialkasse stärken. Er findet: „Sie muss eine Säule in unserem sozialen Sicherungssystem bleiben.“ Die Kasse sei europaweit einmalig und für die soziale Absicherung von Künstlern unverzichtbar.

- CSU-MdB Norbert Geis stimmt Kardinal Meisner zu. Frauen sollten drei bis vier Kinder bekommen und auf Karriere verzichten. Geis betont: „Die hohe Leistung der Mutter, die sie durch die Erziehung ihrer Kinder erbringt, wird nicht in gebührender Weise anerkannt.“

Seite 3

Neue Ordnung

Im Bundestagswahlkampf 2013 macht der DGB mobil für eine neue Ordnung der Arbeit

Seite 5

„Bildung für alle“

Der scheidende GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne im einblick-Interview

Seite 7

An der Basis

Hartmut Meine, Bernd Osterloh und Frank Paetzhold zeigen, warum Vertrauensleute wichtiger sind denn je

SPENDENAUFFRUF

Der Verein „Gewerkschaften helfen“ hat ein Konto für die Opfer der Flutkatastrophe eingerichtet:

**Spendenkonto:
Gewerkschaften helfen e.V.
Konto: 015 201 1490
Bankleitzahl: 250 500 00
Stichwort: Flutopfer 2013**



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.bit.ly/19F335n
IAQ-Studie zur Wirkung von Niedriglöhnen und hohen Mieten**

Hintergrund

**www.bit.ly/1blick_higr
Der DGB-Mediennewsletter 5/2013 mit aktuellen Beiträgen zur Medienpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht**

Rentenstudie

Erschwerter Gang in den Ruhestand

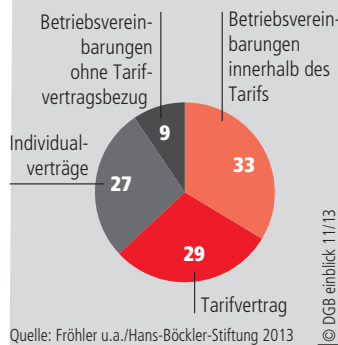
Immer weniger Beschäftigte haben noch eine Chance auf einen flexiblen Übergang in den Ruhestand. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Duisburg-Essen, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben die gesetzlich geregelten Möglichkeiten stark eingeschränkt, vorzeitig oder gleitend vom Erwerbsleben in die Rente überzugehen.

Die WissenschaftlerInnen kommen zu dem Ergebnis, dass lediglich neun Prozent der NeurentnerInnen „dem Idealbild einer fortlaufenden Beschäftigung bis zur

Regelaltersgrenze“ entsprechen. Die politisch Verantwortlichen gingen davon aus, dass tarifliche oder betriebliche Regelungen den Rückzug des Staates kompensieren könnten, heißt es in der Studie. Dies sei nicht geschehen, da immer weniger Beschäftigte unter einen Flächentarifvertrag fallen. So würden durch die Reformen die Arbeitgeber gestärkt, die Position der Beschäftigten hingegen geschwächt. Die Konsequenz lautet für die AutorInnen der Studie: Die Sozialpartner werden das Problem nicht allein lösen können, deswegen „muss die Regulierung des Rentenübergangs auch in Zukunft

Geregelter Übergang

Regelungen für Altersteilzeit in den Unternehmen (in Prozent)



Quelle: Fröhler u.a./Hans-Böckler-Stiftung 2013

Tarifliche Regelungen als Ersatz staatlicher Rentenpolitik funktionieren nur in einigen Branchen. Mitentscheidend ist auch die Betriebsgröße.

vornehmlich Aufgabe staatlicher Sozialpolitik bleiben“. www.boeckler.de/14_43140.htm

Europa

Kurs korrigieren

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission an die Mitgliedsstaaten führen Europa nicht aus der Krise. Das hat der DGB kritisiert. Zwar sei die leichte Lockerung des rigiden Sparkurses für die Euro-Länder aus DGB-Sicht ein richtiger Schritt, aber das löst die Probleme noch nicht. Dass einige Länder das Tempo beim Schuldenabbau nun drosseln können, reiche nicht aus, um aus der Krise zu kommen. Zudem fürchtet der DGB, dass mit der Forderung nach weiteren „Strukturreformen“ nichts anderes als Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialabbau gemeint sind.

Die Kommissionsforderung, dass Deutschland seine Einkommenssteuern und Sozialabgaben reduzieren soll, hält der DGB ebenfalls für falsch. Eine solche Absenkung würde die Binnenfrage nicht erhöhen, wohl aber die Staatseinnahmen senken. Zudem folgten auf sinkende Sozialabgaben schnell „Sozialabbau und Druck zur privater Vorsorge“. www.dgb.de/lsqR

Krankenversicherung

Ärzte auf FDP-Kurs

„Selbstbedienungsmentalität“ wirft DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den Ärztfunktionären vor. Auf ihrem Ärztetag hatten sie die Bürgerversicherung als „Staatsmedizin“ abgelehnt. Die Mediziner sprachen sich für die Kopfpauschale aus. Für Annelie Buntenbach degradieren sich die Ärzte damit „zu einem Wahlkampfverein der FDP“.

Die Finanzierungsvorschläge des Ärztetages sind für den DGB ein Affront gegen Versicherte und Patienten. Die Kopfpauschale würde zu immensen Belastungen für Ver-

sicherte und Steuerzahler führen. Mit dem Vorschlag der Ärztelobby, Gesundheits-Sparkonten für Kinder unter 18 Jahren einzurichten, um so für die Gesundheitskosten im Alter vorzusorgen, diskreditierten sich die Ärztfunktionäre selbst, erklärt Annelie Buntenbach. •

ILO-Bericht

Ungleiche Perspektiven

In ihrem aktuellen Weltarbeitsmarktbericht 2013 warnt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vor einer wachsenden Ungleichheit. Zwar verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern, doch dies verändert nichts an der vorhandenen Kluft zwischen Arm und Reich. In den Industrieländern werden die Einkommensunterschiede immer größer. Zudem führt die Erholung der Wirtschaft in einigen Ländern nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit. Aktuell sind weltweit rund 200 Millionen ohne Job, die ILO rechnet bis 2015 mit einem Anstieg der Arbeitslosen auf 208 Millionen. „In einigen

Anzeige

europäischen Ländern gerät das wirtschaftliche und soziale Gefüge in Gefahr“, warnt ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Für den DGB-Vorsitzenden und IGB-Präsidenten Michael Sommer ist der ILO-Bericht „besorgniserregend“. Insbesondere in der europäischen Krisenpolitik werde ein Kurswechsel immer wichtiger. „Die Sparpolitik zerstört nicht nur den sozialen Zusammenhalt“, sie führe auch zu weiterer Polarisierung der Gesellschaften. Europa braucht ein umfassendes Wachstums- und Investitionsprogramm fordern die Gewerkschaften. Der DGB habe dazu einen Marshallplan vorgeschlagen, nun müsse die Politik handeln. • www.ilo.org, www.dgb.de/15Vx

Anzeige

Solvency II

Gute Entscheidung

Die Sorge der Gewerkschaften scheint vom Tisch zu sein: Der ursprüngliche Plan von EU-Kommission und EU-Parlament, neue Aufsichts- und Kapitalregeln für Versicherungsunternehmen auch auf die betriebliche Altersversorgung zu übertragen, wurde zurückgezogen. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das eine gute Entscheidung. Denn eine Übertragung der Eigenkapitalvorschriften für Versicherungsunternehmen (Solvency II) hätte „einen Erdbeben“ bei den Betriebsrenten verursacht. In Deutschland sind sie schon heute bestmöglich gegen Insolvenzen geschützt. •

Politik soll Farbe bekennen

Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Deregulierung des Arbeitsmarktes fordern die Gewerkschaften einen Politikwechsel.

Im Bundestagswahlkampf 2013 machen die Gewerkschaften mobil für eine neue Ordnung der Arbeit. „Wir wollen gute Arbeit schützen und voranbringen und prekäre Arbeit bekämpfen“, bringt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Forderungen des DGB auf den Punkt. Wie die „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit“ aussehen, fasste er in einer Grundsatzrede auf der gleichnamigen Tagung von DGB und WSI in der Hans-Böckler-Stiftung Ende Mai in Berlin zusammen. Mit mehr als hundert Aktionen bundesweit erhöhen die Gewerkschaften vom 7. bis 9. Juni den Druck für eine neue Ordnung der Arbeit. Bereits im Oktober 2012 hatte der DGB-Bundesvorstand seine Erwartungen an eine neue Bundesregierung in einem umfassenden Papier formuliert.

Es gibt viel zu tun: Der Abbau von Arbeitnehmerrechten begann nicht erst mit der Agenda 2010, sondern bereits mit dem Lambsdorff-Papier von 1982 und der Politik der Kohl-Regierungsjahre. So sorgte der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1996 dafür, dass mit der Erleichterung von befristeter Beschäftigung vor allem junge Menschen um sichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beraubt wurden.

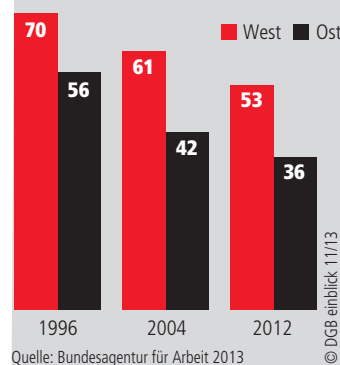
Die letzten drei Jahrzehnte haben zu einem tief gespaltenen Arbeitsmarkt geführt. Die Gewerkschaften erwarten nun im Bundestagswahlkampf, dass ihre jahrelange Kritik endlich aufgegriffen wird. Die Gewerkschaften wollen klare Antworten, was eine neue Bundesregierung umsetzen will, um den Beschäftigten eine bessere Perspektive zu bieten. Denn, so der DGB-Vorsitzende, „die Sozialpartner können viel und leisten noch mehr,

aber sie können nicht alles reparieren, was die Politik zerstört hat“.

Da hilft es wenig, wenn in Politikerreden immer gerne die Tarifautonomie gelobt wird. Michael Sommer erwartet, „dass dann auch was dafür getan wird“. Beispielsweise bei den Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) von Tarifverträgen. Die sind in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgegangen. Eine

Tarifbindung nimmt ab

Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag (in Prozent)



Nur noch für die Hälfte der Beschäftigten gilt ein Branchentarifvertrag. Eine veränderte Regelung zur Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) könnte die Tariferosion stoppen und mehr Beschäftigte vor Dumping schützen.

der Hürden ist das erforderliche 50-Prozent-Quorum. AVE müssen möglich sein, so Sommer, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen. Im aktuellen Fall, dem Mindestlohn im Friseurhandwerk, zeigt sich deutlich, dass das Quorum zu hoch liegt. Mehr Lohn gibt es deshalb erstmal nur für die FriseurInnen in Innungsbetrieben.

Notwendig ist eine Regelung, die das Tarifvertragssystem stabilisiert und vor Schmutzkonkurrenz und Lohndumping schützt. Tarifautonomie und -bindung greifen nicht mehr in allen Wirtschaftsbereichen. Deshalb, so der DGB-Vorsitzende,

sei auch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn „Notwehr gegen die Zerstörung der Tarifautonomie“ und eine Barriere gegen das „Ausfransen der Löhne nach unten“.

Die Politikerrunde auf der Veranstaltung ging auf die gewerkschaftlichen Forderungen ein. Doch Wahlkampfreden sind noch lange keine gesetzliche Regelung. Und oft liegt der entscheidende Unterschied im Detail. Beispielsweise bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Oppositionsparteien auf dem Podium, SPD, Grüne und Linke, unterstützen die Gewerkschaftsforderung. Die CDU nennt es Lohnuntergrenze und zeigt sich immerhin offen für eine Regelung. So ist sich der Bundesvorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann, sicher, dass es für den Mindestlohn nach der Wahl „eine robuste Regelung“ geben wird.

Nicht minder sicher ist sich der aktuelle Koalitionspartner FDP, dass CDU und CSU für ein solches Gesetz „einen anderen Partner brauchen“, erklärte der Vize-Fraktionschef der Liberalen Heinrich Kolb. Auch bei der CDU ist das Entgegenkommen begrenzt. Der DGB fordert, die 8,50 Euro gesetzlich festzuschreiben, weil es „ein Signal“ geben muss, wie Sommer betont, dass „die Gesellschaft das will“. Laumann hingegen beharrt darauf, die Höhe „nicht politisch“ festzulegen, die Verantwortung müssten die Tarifpartner übernehmen.

Doch nicht nur AVE und Mindestlohn gehören zu einer neuen Ordnung der Arbeit. Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung müssen gestärkt, Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung sollen zugunsten sicherer Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Arbeitslosigkeit muss bekämpft und Arbeitslose sollen wirksamer unterstützt werden. ●

Mehr Infos: www.dgb.de/btw2013, www.dgb.de/-PMI

Gute Praxis in Europa

„Europa steht am Scheideweg“ erklärte Prof. Brigitte Unger, wissenschaftliche Direktorin des WSI, auf der

Tagung „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit“.

Es gehe letztlich um die Frage, ob die EU die „Low-Road“ zu Billiglöhnen und prekären Jobs oder die „High-Road“ wähle – der bessere Weg, so Unger, um Innovation, Qualifikation und betriebliche Flexibilität mit Sicherheit und Mitbestimmung zu kombinieren.

An guten Beispielen mangelt es nicht:

✱ Für eine Regelung des gesetzlichen Mindestlohns, den 20 von 27 EU-Ländern bereits haben, lohnt ein Blick auf Großbritannien.

✱ Für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen haben Länder wie Österreich oder Belgien praktikable Verfahren.

✱ Bei der Leiharbeit oder anderen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zeigen Briten oder auch Franzosen, dass die ArbeitnehmerInnen besser geschützt werden können.

Das Fazit der Wissenschaftlerin: „Bei einer Neuordnung des Arbeitsmarktes kann sich die deutsche Politik an Regelungen anderer europäischer Länder orientieren.“

Demokratie-Aktie

Aktion gegen Rechts

Der DGB Nord unterstützt gemeinsam mit den mecklenburg-vorpommerschen Arbeitgeberverbänden eine neue Form der Spendenakquisition: Wer will, kann eine „Demokratie-Aktie“ erwerben. Mit den Einnahmen aus diesen symbolischen Aktien werden regionale Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus unterstützt. Wofür das Geld ausgegeben wird, entscheidet ein Gremium, dem die Spender sowie die Kommunen oder auch betriebliche Beratungsteams angehören. Die Aktion startete am 1. Juni. • www.nord.dgb.de

Fußball-WM Katar

IGB fordert neue Ortswahl

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert den Welt-Fußballverband FIFA auf, über die Vergabe der Fußball-WM 2022 neu abzustimmen. Katar als Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft steht schon lange in der Kritik. Auf der WM-Großbaustelle arbeiten Tausende unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen. Der IGB hat jetzt die Online-Kampagne „Katar – das Richtige tun“ gestartet. Er kritisiert, dass Katar für die WM-Vorbereitung 100 Milliarden US-Dollar investiert, doch die Menschen – Wanderarbeiter aus Nepal, Indien, Sri Lanka oder von den Philippinen – meist wie Sklaven behandelt. Es werden

Anzeige



Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Hungerlöhne gezahlt, die Arbeiter müssen in verdreckten Lagern leben. Tödliche Unfälle sind an der Tagesordnung. Der IGB ruft die Fußballfans weltweit auf, die Petition für Arbeitnehmerrechte in Katar zu unterstützen. • www.act.equaltimes.org/de

Betriebsräte-Preis

Sonderpreise für Gute Arbeit

Fast 90 Betriebsratsgremien haben sich in diesem Jahr um den Betriebsräte-Preis 2013 beworben. Eine Rekordbeteiligung, wie der Initiator, die Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB), meldet. Der Preis, der in diesem Jahr zum fünften Mal vergeben wird, ist in sieben Kategorien ausgeschrieben. Darüber hinaus verleiht die Jury in diesem Jahr vier Sonderpreise zu den Themen „Gute Arbeit“, „Innovative Betriebsratsarbeit“, „Europa mitbestimmen“ und „Beschäftigungssicherheit“.

Die Preisverleihung findet am 17. Oktober in Kooperation mit dem „Deutschen BetriebsräteTag“ im ehemaligen Plenarsaal des Bundestages in Bonn statt. Schirmherrin der Veranstaltung ist wie 2012 Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin für Arbeit und Soziales. • www.dbrp.de

Förderprogramm

Akademiker ohne Abitur

Mit einem neuen Modellprojekt will die Hans-Böckler-Stiftung den Zugang zum so genannten Dritten Bildungsweg verbessern. Gemeinsam mit der Universität Essen und der Hochschule Niederrhein wurde ein Modell entwickelt, das Menschen mit Berufsausbildung, aber ohne Abitur, den Zugang zu einem Studium erleichtern soll. Bislang, so die Erfahrung der Bildungsexperten, ist der Einstieg in den Universitätsalltag für die Berufspraktiker



Leben und Wirken von Luise Kautsky schildert der Autor Günter Regneri im Rahmen der Buchreihe *Jüdische Miniaturen*. Die jüdische Ehefrau von Karl Kautsky unterstützte ihren berühmten Mann und war zugleich seine konstruktive Kritikerin. In Österreich aufgewachsen, zog sie später mit ihrem Mann nach Deutschland um und engagierte sich in der SPD bzw. USPD für eine gerechte Gesellschaftsordnung. Sie war eine enge Freundin von Rosa Luxemburg und veröffentlichte nach deren Tod deren Korrespondenz mit Karl Kautsky. Kurz nach ihrem 80. Geburtstag wurde sie nach Auschwitz deportiert, dort starb sie 1944. Ein spannendes Buch, das das bewegte Leben der wenig bekannten Luise Kautsky und deren wichtigen Beitrag zur deutschen Arbeiterbewegung anschaulich beschreibt.

Günter Regneri: *Luise Kautsky. Seele des internationalen Marxismus – Freundin von Rosa Luxemburg.* Berlin 2013, Henrich & Henrich Verlag, 81 Seiten, 8,90 Euro



schwierig. Künftig sollen die StudienanfängerInnen über Seminare und Kurse gezielt gefördert werden. Insgesamt 1,5 Millionen Euro stellt die HBS für dieses Projekt zur Verfügung. Bewerbungen sind bis zum 1. September möglich. • www.boeckler.de

Neues Projekt

Bündnis gegen Ausbeutung

Menschen werden weltweit unter unwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen – auch in Deutschland. Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen findet sich in vielen Branchen. In der Gastronomie, in Schlachtereien, auf dem Bau oder auch in der Pflege- und Reinigungsbranche. Dagegen macht das „Bündnis gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung“ seit langem mobil. Im Rahmen des Bündnisses wird Arbeit und Leben e.V. Berlin im Herbst ein neues Projekt gegen Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und die damit verbundene Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt starten.

Das Projekt wird in den drei Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rhein-

interregio

••• Das **„Band für Mut und Verständigung“** wird in diesem Jahr zum 20. Mal vergeben. Ausgezeichnet werden BürgerInnen, die Zivilcourage gegen rassistische Gewalt gezeigt haben. Initiator ist das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, zu dessen Gründungsmitgliedern der **DGB Berlin-Brandenburg** gehört. www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Der **DGB-Bezirk West** appelliert gemeinsam mit der evangelischen Kirche an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz, sich stärker für den **Sonntag als Ruhetag** zu engagieren. DGB und Kirche fordern, der „Durchökonomisierung unserer Kultur“ Einhalt zu gebieten. www.west.dgb.de

land-Pfalz durchgeführt. Partner sind der DGB Berlin-Brandenburg, die Landesregierung Rheinland-Pfalz und die Diakonie Wuppertal. Geplant sind unter anderem Schulungen für verschiedene Berufsgruppen, der Aufbau von Kontaktstellen und Online-Informationsmaterial. • www.buendnis-gegen-menschenhandel.de

GEWERKSCHAFTEN

GEW - Gewerkschaftstag

Bildung muss gewollt werden

Nach acht Jahren als GEW-Vorsitzender tritt Ulrich Thöne beim GEW-Gewerkschaftstag nicht mehr an. Im einblick-Interview zieht er Bilanz.

■ Was sind die wichtigsten Themen des GEW-Gewerkschaftstags?

■ Wir wollen die jüngsten Tarifaufeinandersetzungen inhaltlich aufarbeiten und daraus Schlüsse für die künftige Tarifarbeit ziehen. Ein zentrales Thema wird Inklusion sein, ein weiteres die Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Wir werden uns außerdem mit der Frage beschäftigen, wie wir künftig mit der starren Situation in der Schulorganisation in Deutschland umgehen sollen. Und natürlich wird es darum gehen, wie wir die Organisation weiterentwickeln können. Dazu gehört auch der Fortgang unserer Mitgliederwerbeprojekte. Nun geht es darum, diese Erfolge zu verstetigen.

■ Das Thema Bildung hat seit Jahren Hochkonjunktur, ein Bildungsgipfel jagt den nächsten. Aber gibt es tatsächlich substanzielle Verbesserungen?

■ Nein, im Gegenteil. Der Anstoß vom ersten Bildungsgipfel endete in einem Desaster. Das ist ein O-Ton von Angela Merkel persönlich. Aufgrund der vielen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte ist der Finanzbedarf, um den gesamten Bildungsbereich nach vorn zu bringen, enorm. Über die Finanzierung gab es erhebliche Differenzen und letztendlich keine Verständigung. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland bei der Bildungsfinanzierung nach wie vor einen der hinteren Ränge ein. Das erfolgreiche Abschneiden Finnlands bei Bildungsstudien wie PISA hat ein finnischer Bildungsexperte kürzlich in einem Interview damit erklärt, dass dort die gesamte Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung – inklusive Schulesen oder Nachhilfe – gebührenfrei sei. Ganz

lapidar empfahl er: Führt das erst mal bei euch ein – danach können wir dann über Pädagogik und Methoden reden. Entscheidend ist, dass Bildung gewollt wird und diejenigen, die sich darauf einlassen, keine großen materiellen Opfer bringen müssen.

■ Woran mangelt es besonders?

■ Wir brauchen mehr und gut ausgebildetes Personal in allen Bildungsbereichen. Und dieses Personal muss anständig bezahlt werden. Verglichen mit den anderen OECD-Staaten ist in Deutschland die Personalausstattung am schlechtesten. Das erhöht den Arbeitsdruck auf die einzelnen Pädagogen in unzulässiger Weise und macht es schwierig, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und zu betreuen.

■ In Sachen Chancengerechtigkeit steht Deutschland heute schlechter da als vor 30 Jahren.

■ Ja, und ein Wandel ist nicht in Sicht.

■ Ein weiteres leidiges Thema ist der Bildungsföderalismus. Auch da gibt es keine Veränderung, oder?

■ Nein, da treten wir auf der Stelle. Ich will die föderale Struktur der Bundesrepublik nicht antasten. Sie bereichert unser Land auch – im Sinne von kultureller Vielfalt. Aber dennoch muss es einen gewissen einheitlichen Rahmen geben. Und der ist auch möglich. Die Föderalismusreform von 2006, die durchgepeitscht wurde, ist der falsche Weg. Mit ihr wurde nur der Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern gefördert. Das ist Tinnel – Wettbewerb und Bildung passen nicht zusammen. Wettbewerb im Bildungsbereich heißt immer auch, Gewinner und Verlierer zu produ-

zieren. Bildung heißt eigentlich für jeden Einzelnen, dass er sich anstrengen muss, besser zu werden. Bildung ist dann erfolgreich, wenn ein Lernerfolg erzielt wurde.

■ Inklusion ist zentrales Thema auf eurem Gewerkschaftstag. Was meint die GEW damit?



Ulrich Thöne, 62, gelernter Berufsschullehrer, ist seit April 2005 GEW-Vorsitzender.

■ Alle Menschen gehören dazu. Alle sollen gleichberechtigt an Bildung teilhaben können, und daraus soll eine neue gemeinsame Struktur entstehen. Das ist auch notwendig. Sie verändert Inhalte und Qualität für alle.

■ Bei der Mitgliederentwicklung ist die GEW Klassenprimus unter den Gewerkschaften. Bereits im sechsten Jahr seid ihr im Mitgliederplus. Was ist euer Erfolgsgeheimnis?

■ Der Erfolg hat viele Mütter und Väter. Ich denke, wir haben 2005 eine gute Entscheidung gefällt, als wir beschlossen haben, all unsere Aktivitäten in Hinblick auf die Mitgliederentwicklung zu überprüfen. Wir haben eine Mitgliederoffensive gestartet und auch richtig Geld in die Hand genommen. Dazu gehörte auch, den Dialog mit denjenigen zu suchen, die bewusst nicht Gewerkschaftsmitglied sind, und die Erkenntnisse daraus auf unsere Arbeit zu übertragen. Aber nicht nur wir, auch andere DGB-Gewerkschaften sind wieder attraktiver geworden. Die Gewerkschaften haben bewiesen, dass die Prognose mancher Soziologen vom Ende der Großorganisationen nicht zutrifft. •

Personeller Wechsel

Vom 12. bis zum 16. Juni findet der 27. GEW-Gewerkschaftstages in Düsseldorf statt. Unter dem Motto „Alles beginnt mit guter Bildung!“ werden die Delegierten die Weichen für die Arbeit der kommenden Jahre stellen. Unter anderem wird der achtköpfige geschäftsführende Vorstand neugewählt. Mit mindestens fünf ausscheidenden Vorstandsmitgliedern steht ein großer personeller Wechsel an. Nicht mehr antreten werden Ulrich Thöne, Marianne Demmer, Ilse Schaad, Anne Jenter und Dr. Stephanie Odenwald.

Für den neuen Vorsitz kandidieren Marlis Tepe, 59, und Norbert Hocke, 61. Für weitere Bereiche treten an Petra Grundmann, 55, Frauke Gützkow, 52, Andreas Gehrke, 57, Susanne Gondermann, 61, Dr. Ilka Hoffmann, 49, Dr. Andreas Keller, 47, und Ansgar Klingler, 49.

Zudem hat Sigrid Baumgardt, 54, nach Ablauf der Wahlvorschlagsfrist ihre Kandidatur angekündigt. Sie benötigt vor Ort 20 Delegierte, die sie unterstützen.

www.gew.de/Gewerkschaftstag_2013.html

Langfassung des Interviews mit Ulrich Thöne:

www.einblick.dgb.de

kurz & bündig



Der Beirat der IG Metall hat einen außerordentlichen Gewerkschaftstag am 24./25. November in Frankfurt am Main beschlossen. Dort steht eine weitere Verjüngung des Vorstandes an.



Die NGG begrüßt, dass sich die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank aus der Spekulation mit Agrarrohstoffen zurückziehen will. „Nun müssen endlich auch die Deutsche Bank und die Allianz ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen“, so die NGG.



Die IG BCE hat Sofortmaßnahmen gegen steigende Energiepreise und eine neue Strommarktordnung gefordert. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis warnt, dass die unterschiedliche Preisentwicklung in den USA und Europa auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit gehe und Jobs gefährde.



ver.di hat erstmals einen Tarifvertrag mit der Diakonie vereinbart. So konnten für die MitarbeiterInnen der Diakonie in Niedersachsen höhere Einkommen vereinbart werden.

ver.di-Aktion

Selbstverständlich Urlaub

Sechs Wochen Jahresurlaub sind für viele Beschäftigte selbstverständlich. Doch oftmals wird vergessen, dass der gesetzliche Rahmen nur vier Wochen vorsieht. Alles darüber hinaus ist in der Regel Erfolg gewerkschaftlicher Verhandlungskraft. Mit einer Aktionswoche Anfang Juni hat ver.di deshalb bundesweit in Betrieben und Verwaltungen über das Thema Tarifurlaub informiert. Ziel war es unter anderem, auf die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft hinzuweisen.

Eine repräsentative Umfrage im Auftrag von ver.di zeigt, dass

Kompetente Partner

Angaben von Beschäftigten auf die Frage, wer sie in Sachen Urlaubsrecht am besten beraten kann (in Prozent)



Quelle: ver.di 2013

© DGB einblick 11/13

Gewerkschaften und Betriebsräte werden als kompetente Ratgeber in Sachen Urlaub wahrgenommen.

Chemie-Industrie

Sozialpartner für Nachhaltigkeit

Die Chemie-Industrie und die IG BCE wollen sich gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit in ihrer Branche einsetzen. Den Startschuss zur Initiative „Chemie3“ gaben Ende Mai die Vorsitzenden der IG BCE, des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) und des Arbeitgeberverbandes BAVC gemeinsam in Frankfurt/Main. Erstmals arbeitet mit dieser Initiative eine ganze Branche daran, Nachhaltigkeit als Leitbild zu verankern.

Nachhaltigkeit ist für die Chemie-Sozialpartner mehr als nur Ökologie. Wirtschaftlicher Erfolg soll mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung verknüpft werden. „Mit unserer Initiative verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfasst“, sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. In der Politik werde die Debatte um Nachhaltigkeit oft noch zu eindimensional geführt. Margret Suckale, stellvertretende Vorsitzende des BAVC, betont: „Als Arbeitgeber, Gewerkschaft

und Wirtschaftsverband wollen wir zeigen, dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen.“ Ökonomische, ökologische und soziale Anforderungen in Einklang zu bringen, sei ohne Sozialpartnerschaft nicht denkbar. Kern der Initiative sind zwölf Leitlinien,

an denen sich Unternehmen und Beschäftigte künftig orientieren sollen. Unter anderem geht es um Investitionsentscheidungen, gute Unternehmensführung, Arbeitsbedingungen sowie um Energie- und Ressourcenmanagement. •

www.chemiehoch3.de

20 Jahre Brandanschlag in Solingen

Entschieden gegen Rechts

Rechte Gewalt ist zurzeit nicht nur aufgrund des NSU-Prozesses ein aktuelles Thema. Am 29. Mai jährte sich zum 20. Mal der Brandanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben. Das DGB-Bildungswerk mahnte anlässlich des Jahrestages: Rassismus und Rechtsextremismus sind in Deutschland noch immer allgegenwärtig. Das zeige sich nicht nur in den lange im Verborgenen gebliebenen Taten der NSU, sondern auch in alltäglichen Auseinandersetzungen und Diskriminierungen. Umso wichtiger ist es, sich weiterhin ständig gegen Rassismus und Rechtsextremismus einzusetzen. •

Mitgliederentwicklung

ver.di wächst wie noch nie

ver.di hat in den ersten fünf Monaten des Jahres so viele neue Mitglieder gewinnen können wie noch nie zuvor: Insgesamt rund 68 000 Menschen. Damit ergibt sich nach Abzug der Austritte seit Jahresbeginn ein Plus von 4000 neuen Mitgliedern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske freut sich: „Eine vergleichbare Entwicklung hat es noch nie gegeben“. Ein Grund für den Erfolg sind die Tarifkonflikte der vergangenen Monate. Allein im Handel konnte ver.di rund 20 000 neue KollegInnen in den eigenen Reihen begrüßen. Aber auch bei den Finanzdienstleistungen, im Luftfahrtverkehr und im Energiebereich war ver.di erfolgreich. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Volkswagen

Vertrauensleute organisieren Beteiligung

Gewerkschaftliche Vertrauensleute sind heute wichtiger denn je. Das zeigen die Erfahrungen in den Volkswagen-Werken. Ein Beitrag von Hartmut Meine, Bernd Osterloh und Frank Paetzold.

In der Schlussphase der Tarifaueinandersetzung in der Metallindustrie und bei Volkswagen versammeln sich vor der Konzernzentrale in Wolfsburg 31 000 Beschäftigte. Zeitgleich demonstrieren in den anderen fünf VW-Standorten weitere 19 000 IG Metall-Mitglieder. Damit findet während der tariflichen Friedenspflicht eine Aktion der Beschäftigten in den Volkswagen-Standorten statt. Eine beeindruckende Aktion, die ohne vorherigen schriftlichen Aufruf, ohne Mailing oder Kurznachrichten stattfindet. Wie geht das? Wie werden 50 000 Gewerkschaftsmitglieder ohne schriftliche Information zu einem bestimmten Zeitpunkt an verschiedenen Standorten mobilisiert, die Arbeit niederzulegen und zu demonstrieren?

Zunächst ist ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad Voraussetzung – bekanntlich sind bei Volkswagen über 95 Prozent der Beschäftigten Mitglied der IG Metall. Doch dies allein reicht nicht aus. **Entscheidend sind die gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute.** Sie stehen im engen Kontakt mit den Mitgliedern der IG Metall in den jeweiligen Bereichen. Sie informieren, organisieren und starten Beteiligungsprozesse der Belegschaften für verschiedene Themenfelder. Themen, die den unmittelbaren Arbeitsplatz, die Tarifverträge und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen betreffen. Dies wurde bei Volkswagen im Konflikt um den Erhalt des VW-Gesetzes, bei Demonstrationen gegen die Rente mit 67 und für die geförderte Altersteilzeit, aber auch bei Aktivitäten gegen Neonazis und Rassismus mehr als deutlich.

In den sechs Volkswagen-Werken Wolfsburg, Braunschweig, Emden, Hannover, Kassel und Salzgitter arbeiten rund 102 000 Menschen, die von 246 Betriebsratsmitgliedern vertreten werden. **Rein rechnerisch ist ein Betriebsratsmitglied für mehr als 414 Beschäftigte zuständig.** Allein aufgrund dieser Relation wird deutlich, dass der unmittelbare Dialog zwischen Betriebsräten und den Belegschaften begrenzt ist. Hier zeigt sich die Bedeutung der Vertrauensleute. In den sechs Volkswagen-Werken gibt es insgesamt 3696 gewählte Vertrauensleute der IG Metall. Sie werden alle vier Jahre demokratisch gewählt und repräsentieren die IG Metall im Betrieb. Sie sind das eigenständige

Vertretungsorgan der IG Metall im Betrieb. Losgelöst vom Betriebsverfassungsgesetz agieren die Vertrauensleute auf der Grundlage der Satzung der IG Metall.

Vertrauensleute sind die gewerkschaftliche Struktur im Betrieb. Sie sind für die Arbeit der Betriebsräte unverzichtbar. Betriebsräte können in Verhandlungen ganz anders auftrumpfen, wenn sie starke Vertrauensleute und hochorganisierte Belegschaften im Rücken haben, die, wenn notwendig, kurzfristig zu Aktionen bereit sind. Der Slogan der IG Metall bringt es auf den Punkt: „Vertrauensleute – Nah dran und kompetent“.

In den einzelnen Bereichen, wie etwa der Montage, führen die Vertrauensleute regelmäßig Informationsrunden durch, um die IG Metall-Mitglieder über aktuelle Entwicklungen im Betrieb, in der Tarifpolitik und in der Gesellschaft zu informieren. Im Rahmen des sogenannten „Volkswagen-Weges“ spielen Vertrauensleute bei der **Gestaltung und Organisation der Abläufe im unmittelbaren Arbeitsbereich der Beschäftigten** eine wichtige Rolle. So wird beispielsweise derzeit ein Programm realisiert, um besonders belastende Arbeitsplätze ergonomisch zu gestalten. Hier wird großer Wert auf die Vorschläge der Beschäftigten gelegt, die an diesen Arbeitsplätzen arbeiten. Sie haben die Chance, durch konkrete Vorschläge sich unmittelbar an der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze zu beteiligen.

Voraussetzung für eine professionelle Vertrauensleutearbeit ist die Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen. Seminare für Vertrauensleute auf der örtlichen und bezirklichen Ebene werden durch die Modulreihe für Vertrauensleute an den zentralen Bildungsstätten der IG Metall ergänzt. Zahlreiche Vertrauensleute haben sich zu Referentinnen oder Referenten für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit vor Ort qualifiziert und führen ehrenamtlich Seminare für Gewerkschaftsmitglieder und neu gewählte Vertrauensleute durch.

Um die Interessen ihrer Mitglieder konsequent vertreten zu können, ist die IG Metall gut beraten, **noch stärker als in der Vergangenheit die Vertrauensleutearbeit zu stärken** und zwar auf allen drei Ebenen: in den regionalen Verwaltungsstellen, in den Bezirken und im Vorstand der IG Metall. Unsere praktische Erfahrung bei Volkswagen zeigt, dass dies der richtige Weg ist. •

Ansprechpartner im Betrieb

Immer mehr Gewerkschaften setzen auf unterschiedliche Formen einer beteiligungsorientierten Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. In der „Initiative Trendwende“ aller DGB-Gewerkschaften widmete sich beispielsweise ein eigenes Projekt dieser Frage. In diesem Zusammenhang hat die alte gewerk-



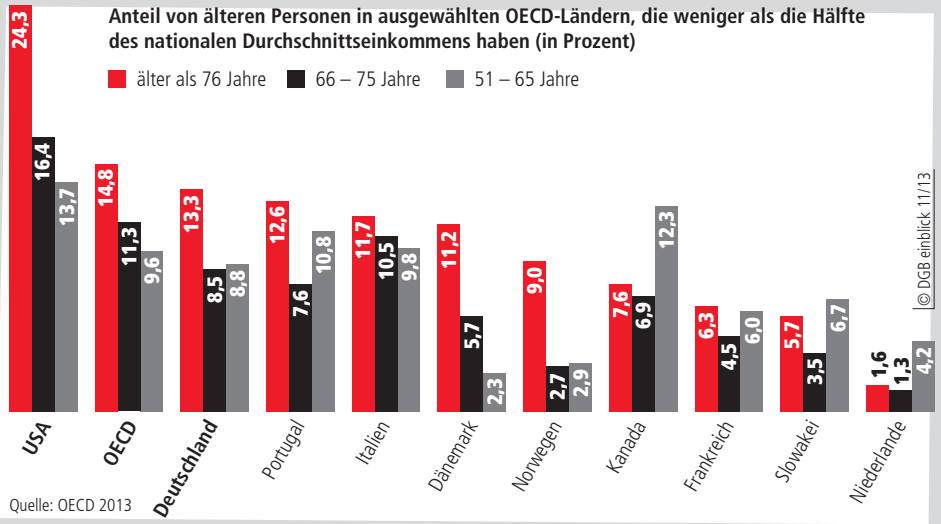
Die Autoren des Beitrags (von links nach rechts): Hartmut Meine ist IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bernd Osterloh, Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzender von Volkswagen, war neun Jahre Vertrauenskörperleiter im VW-Werk Wolfsburg. Frank Paetzold ist seit 2012 Vertrauenskörperleiter bei VW Wolfsburg.

schaftliche Institution der gewerkschaftlichen Vertrauensleute wieder mehr Gewicht bekommen.

So hat beispielsweise die IG Metall bereits auf ihrem Kongress 2003 beschlossen, die Vertrauensleute-Arbeit zu stärken, um die Kommunikation zwischen den Beschäftigten, den Mitgliedern und der Organisation zu verbessern. Gewerkschaftliche Vertrauensleute, in der Regel von den Gewerkschaftsmitgliedern in einem Betrieb gewählt, sind das Bindeglied zwischen Organisation und Beschäftigten. Sie sind die ersten Ansprechpartner in den Unternehmen.

ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND: Den USA auf den Fersen

Schon heute sind 13,3 Prozent der über 76-jährigen in Deutschland arm. Das belegen Zahlen der OECD. Sie haben weniger als die Hälfte des monatlichen Durchschnittseinkommens. Deutschland liegt damit auf den vorderen Plätzen aller OECD-Länder. Die meisten armen Älteren gibt es in den USA. Dort ist fast jeder vierte über 76 Jahre arm. Um zu verhindern, dass die Zahl der armen Menschen in Deutschland steigt, fordert der DGB unter anderem, die Rente mit 67 auszusetzen und eine Demografie-Reserve aufzubauen.



personalien

••• **Alexander Kirchner**, 56, EVG-Vorsitzender, ist als Vizepräsident der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) wiedergewählt worden. Präsident bleibt der Schwede Lars Lindgren, Generalsekretär der Portugiese Eduardo Chagas.

••• Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse** (SPD), 69, erhält den Georg-Leber-Preis für Zivilcourage der IG BAU. Die Verleihung erfolgt am 60. Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR am 17. Juni in Berlin. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel begründet die Ehrung Thierses mit

dem aufrechten Einstehen des Politikers für das Recht aller Bürger auf friedlichen und gewaltfreien Protest sowie seinem couragierten Einsatz für Freiheit und Demokratie.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.6. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Kontrolle ist besser!“, Berlin

11.6. DGB-Bundesvorstand, Konferenz „UMDENKEN GEGENLENKEN – Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage“, Berlin

12.6. Bündnis für gute Pflege, Tagung „Das verflixte 7. Jahr – Kommt nun endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?“, Berlin

12.-13.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die IFRS – eine problemorientierte Einführung für Aufsichtsratsmitglieder“, Berlin

12.-16.6. IG BAU und Building and Wood Workers' International Youth, Weltjugendtreffen, Maierhöfen

12.-16.6. GEW, 27. Ordentlicher Gewerkschaftstag der GEW, Düsseldorf

14.-16.6. Heinrich-Böll-Stiftung, Zukunftskongress „Baustellen der Demokratie“, Berlin

17.-21.6. Hans-Böckler-Stiftung, Uni Kassel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „9. Internationale Kasseler Sommer-

akademie“, Kassel

18.6. DGB-Stadtverband Leipzig, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum „Rente mit 67 oder 76?“, Leipzig

18./19.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Haftung und Compliance in der Aufsichtsrats-tätigkeit“, Köln

19.6. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, u.a., Konferenz „Zukunft der Besteuerung internationaler Konzerne – Für eine gerechtere Steuerpolitik“, Berlin

20.6. ver.di-Bildungswerk, Fachtagung „Dabei sein ist alles“, Hannover

21.6. DGB-Region Halle-Dessau und Leipzig-Nordsachsen, Fachtagung „Rente. Im Spannungsfeld der Generationen!“, Halle/Pleiß

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **HINWEIS:** Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Schlusspunkt.

„Ich glaube es bringt nichts, wenn man wie in Norwegen eine Kaste von Goldröcken installiert.“

Heinrich Kolb, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, über eine Frauenquote in Aufsichtsräten auf der Tagung „Konturen einer Neuen Ordnung der Arbeit“ von DGB und WSI am 29. Mai in Berlin

Hartz IV

Nächtlicher Fußweg ist zumutbar

Einem Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) kann es zumuten sein, zur Arbeitsaufnahme einen nächtlichen Weg von der Arbeitsstelle nach Hause durch ein Industriegebiet zurückzulegen.

Der Fall: Das Job-Center hatte der Empfängerin von Hartz-IV-Leistungen eine Stelle in einer Wäscherei im Industriegebiet angeboten. Die Beschäftigung sah auch den Einsatz in der Spätschicht vor, die um 22 Uhr endet. Die Frau nahm die Tätigkeit nicht auf, da sie sich nicht traute, nachts den Weg von der Arbeitsstelle zu ihrer etwa 2,7 km entfernt liegenden Wohnung zu Fuß zurückzulegen. Ein Auto oder Fahrrad besäße sie nicht, Busse verkehrten nach 20 Uhr nicht mehr. Das Jobcenter konnte darin jedoch keinen wichtigen Grund erkennen, die Arbeitsaufnahme zu verweigern und kürzte die Leistungen der Frau. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Es war der Leistungsempfängerin zumuten, die Tätigkeit aufzunehmen; der Fußweg war weder von der Länge noch von der Gefährlichkeit her unzumutbar. Der Heimweg nach der Spätschicht kann auf einer noch beleuchteten Hauptstraße mit Geschäften zurückgelegt werden. Die Frau hätte ausloten können, ob sie mit anderen Beschäftigten den Heimweg gemeinsam zurücklegen konnte.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 11. April 2013 – S 10 AS 122/11*

Gesetzliche Unfallversicherung

Impfung kann Arbeitsunfall sein

Die Erkrankung einer Kinderkrankenschwester aufgrund einer betrieblich durchgeführten Schweinegrippeimpfung ist wegen der beruflichen Gefährdung als Folge eines Arbeitsunfalls anzuerkennen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin arbeitete als Kinderkrankenschwester in der Kinder- und Jugendmedizin, als das Schweinegrippevirus H1N1 grassierte. Sie nahm an einer von der Klinik dringend empfohlenen Impfung gegen die Schweinegrippe teil. Daraufhin erkrankte sie schwer, sodass sie inzwischen eine Erwerbsunfähigkeitsrente bezieht. Die Unfallkasse lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab: Gesundheitsvorsorge sei dem unversicherten persönlichen Lebensbereich zuzurechnen. Sie berief sich auf das Bundessozialgericht. Die gegen die Ablehnung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Fall unterscheide sich wesentlich von dem Fall, den das Bundessozialgericht 1974 entschieden hatte. Damals handelte es sich um eine allgemeine Gripeschutzimpfung, die Klägerin war keiner besonderen Gefährdung ausgesetzt. Im jetzt entschiedenen Fall hingegen bestand aufgrund der Tätigkeit der Kinderkrankenschwester ein erhöhtes Risiko. Die Ständige Impfkommission hatte eine Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitsdienst ausgegeben, auf die sich die Universitätsmedizin beim Impf-Angebot berief. Schließlich hatte auch die Klinik die Impfung ausdrücklich empfohlen. Unter diesen Umständen sei ein sachlicher Zusammenhang zwischen der Tätigkeit und der Impfung anzunehmen. Die Klinik hatte ein Interesse daran, ihre Mitarbeiter möglichst umfangreich zu impfen, um die Funktionsfähigkeit des Betriebes und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Schließlich hat auch das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung aus dem Jahr 1974 darauf hingewiesen, dass bei einer besonderen beruflichen Gefährdung eine Impfung durchaus einen Arbeitsunfall begründen könne.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 21. März 2013 – S 10 U 48/11*

Fristlose Kündigung

Vertrauensbruch kann Begründung sein

Besteht der dringende Verdacht, dass ein Arbeitnehmer und Betriebsratsmitglied eine Gutschrift für private Zwecke genutzt hat, die ein Lieferant im Rahmen eines Geschäfts mit seiner Arbeitgeberin gewährt hatte, rechtfertigt dieser Verdacht die außerordentliche Kündigung.

*Arbeitsgericht Hamburg,
Beschluss vom 22. Mai 2013 – 26 BV 31/12*

Nebentätigkeiten

Kein Waffenhandel für Gefängnisbeamte

Beamte im Justizvollzug dürfen im Rahmen einer gewerblichen Nebentätigkeit nicht mit Waffen handeln. Das ist mit dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung nicht vereinbar.

*Verwaltungsgericht Minden,
Urteil vom 21. Februar 2013 – 4 K 1627/12.*

Private Pflegeversicherung

Elektrisches Pflegebett ist zu zahlen

Pflegebedürftige, die die meiste Zeit im Bett verbringen müssen, können einen Anspruch auf Versorgung mit einem elektrischen Pflegebett haben. Ist das Bett Zwecken der Pflege zuzuordnen, so richtet sich dieser Anspruch gegen die Pflegeversicherung.

*Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 7. November 2012 – L 2 P 66/11*

Diskriminierung

Arbeitgeber trägt die Beweislast

Besteht der Anschein einer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, muss der Arbeitgeber nachweisen, dass er nicht diskriminiert; das heißt, dass die Benachteiligung sachlich gerechtfertigt ist. Um diesen Anschein zu widerlegen, kann aber nicht vom Arbeitgeber der Beweis verlangt werden, dass er in der Vergangenheit homosexuelle beschäftigt hat; denn damit würde er das Recht auf Achtung des Privatlebens verletzen.

*Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 25. April 2013 – C-81/12*

Altenhilfe

Kein Geld für Grabbesuch

Zweck der gesetzlichen Altenhilfe ist es, dazu beizutragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Alten Menschen ist auf diesem Wege die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Die Altenhilfe umfasst insbesondere Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahestehenden Personen ermöglicht. Die davon umfasste Besuchshilfe ist allerdings auf den Besuch lebender Personen gerichtet. Sozialhilfeempfänger erhalten für den Besuch des Grabes ihrer Eltern keine zusätzlichen Leistungen im Rahmen der Altenhilfe.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 8. März 2013 – L 9 SO 52/10*